

Ernährung und Nachhaltigkeit Populäre Denkmuster sind zu hinterfragen

In gekürzter Form veröffentlicht unter dem Titel „Fleisch, Fernverkehr und Askese“ in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung am 1.9.2002, Nr. 35, S. 7

Prof. Dr. Reimar v. Alvensleben

*Institut für Agrarökonomie der Universität Kiel
Olshausenstr. 40, 24098 Kiel, Tel: 0431-880-4415, Fax: 0431-
880-4414*

Email: valvensleben@agric-econ.uni-kiel.de

Anläßlich des „Weltgipfels für Nachhaltige Entwicklung Rio + 10“ in Johannesburg hat die Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. einen „Nachhaltigen Warenkorb“ vorgestellt. Er soll dem Verbraucher eine Orientierung über umwelt- und sozialverträgliche Möglichkeiten des Einkaufens geben und zugleich eine breite Diskussion darüber in Gang setzen, wie die Verbraucher eine nachhaltige Entwicklung fördern können. Der Begriff „nachhaltiger Konsum“ („sustainable consumption“) wurde durch die auf der Rio-Konferenz von 1992 verabschiedete Agenda 21 in die wissenschaftliche und umweltpolitische Diskussion eingeführt. Die Agenda 21 befaßte sich in Kapitel 4 mit der Änderung der Konsumgewohnheiten („consumption patterns“), die für eine nachhaltige Entwicklung notwendig sind. Hiermit wurde dem Sachverhalt Rechnung getragen, daß die Produktionsstrukturen und -prozesse auch durch die Nachfrage gesteuert werden und daß in der Konsumsphäre selbst Umweltbelastungen stattfinden, die einer nachhaltigen Entwicklung entgegenstehen. Die Frage lautete: Wie müssen unsere Konsummuster beschaffen sein, damit wir nicht auf Kosten zukünftiger Generationen leben? Diese Frage wird auch deshalb mit zunehmender Eindringlichkeit gestellt, weil kaum vorstellbar ist, daß das hohe Konsumniveau der wohlhabenden Industrieländer auf die gesamte Welt übertragbar ist.

Der Begriff der Nachhaltigkeit ist vielfältig definiert worden. Es hat sich jedoch weitgehend durchgesetzt, daß er eine ökologische, ökonomische und soziale Dimension hat. Man spricht von einem Zieldreieck, was ein großer Fortschritt ist. Denn hiermit wird verdeutlicht, daß man auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung Abwägungen zwischen konkurrierenden Zielen vornehmen muß, vor allem zwischen heutigen Bedürfnissen und zukünftigen Bedürfnissen, zwischen privaten Gütern und Umweltgütern (oft mißverstanden als Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie) und zwischen Effizienz und Verteilungsgerechtigkeit. Das Problem der Verteilungsgerechtigkeit wird dabei nicht nur auf der Ebene der nationalen Volkswirtschaft, sondern im weltweiten Maßstab thematisiert.

Das Kapitel 4 der Agenda 21 befaßte sich vor allem mit folgenden Handlungsfeldern: Effiziente Energie- und Rohstoffnutzung, Abfallvermeidung, Unterstützung von Verbrauchern bei Kaufentscheidungen, Öffentliches Beschaffungswesen, Preisgestaltung, Schaffung eines langfristig wirksamen Umweltbewußtseins. Der

Nahrungsmittelverbrauch wurde dabei nicht explizit erwähnt. Jedoch werden in den wohlhabenden Industrieländern immer wieder - so auch im „Nachhaltigen Warenkorb“ der Verbraucherzentrale - im Bereich Ernährung vor allem drei Empfehlungen gegeben: Wer sich nachhaltig ernähren will, sollte Produkte aus der Region, Ökoprodukte und weniger Fleisch kaufen - zweifellos gut gemeinte und populäre Denkmuster, die aber zu hinterfragen sind.

Konsum von Nahrungsmitteln aus der Region

Mit zunehmender Konzentration der Ernährungswirtschaft hat das Transportvolumen stark zugenommen. Gleichzeitig fand eine Verlagerung der Transporte von der Bahn auf die Straße statt. Auch der internationale Handel hat sich ausgeweitet. Bestimmte Güter werden sogar per Luft transportiert. Die mit dem zunehmenden Verkehrsaufkommen verbundenen Umweltbelastungen haben zu der Forderung geführt, die regionalen Wirtschaftskreisläufe wieder mehr zu schließen, um damit u.a. auch Transportenergie zu sparen. Dies erscheint sehr einleuchtend. Wenn man allerdings nach Ökobilanzen sucht, die den ökologischen Vorteil von regionalen Vermarktungssystemen gegenüber überregionalen Vermarktungssystemen aufzeigen, wird man nicht sehr fündig. Im Gegenteil: Es mehren sich die Studien, die zu einem gegenteiligen Ergebnis führen. Dabei geht es zum Beispiel um die Frage: Haben 1000 kleine Molkereien (oder Brauereien) mit kleineren Einzugs- und Absatzgebieten eine bessere Ökobilanz als 100 größere Molkereien (oder Brauereien) mit entsprechend größeren Aktionsradien? Hierbei ergibt sich zumeist, daß in größeren, überregional absetzenden Verarbeitungsbetrieben die höheren Transportkosten durch die Degression der Verarbeitungskosten und Umweltverbräuche (z.B. Energie, Abwasser) überkompensiert werden. Der Verzicht auf die Vorteile der interregionalen Arbeitsteilung führt somit zu einem erhöhten Ressourcen- und Umweltverbrauch. Die Förderung regionaler Kreisläufe könnte somit das Gegenteil von dem bewirken, was man beabsichtigt.

Warum ist das so?

1. Nach Berechnungen des DIW beträgt der Anteil der Vorleistungen des Verkehrs am Produktionswert von Nahrungsmitteln 3,9 Prozent und von Getränken 3,0 Prozent. Das sind zwar im Vergleich zur übrigen Industrie überdurchschnittlich hohe Werte, jedoch muß man dabei beachten, daß davon nur ein kleiner Teil tatsächlich entfernungsabhängig ist. Wenn man beispielsweise die Energiesteuer verdoppelt, um die externen Kosten des Verkehrs zu internalisieren, so würde dies vermutlich nur geringe Auswirkungen auf die Standortorientierung der Nahrungsmittelwirtschaft haben. Die größenabhängigen Kostenvorteile der Nahrungsmittelverarbeitung und -verteilung würden wohl weiter die dominanten Bestimmungsfaktoren der optimalen Betriebsgröße bleiben.

2. Der Zusammenhang zwischen dem Verkehrsaufkommen gemessen in Tonnenkilometern und dem Energieaufwand ist keineswegs linear sondern unterliegt ebenfalls einer Größendegression. So liegt

der Energieaufwand eines 2,2 t-LKW im Nahverkehr bei voller Auslastung mit 2,59 MJ/t/km etwa dreimal so hoch wie der eines 16 t-LKW im Fernverkehr mit 0,85 MJ/t/km. Bei Überseetransporten ist die Degression noch stärker. Dagegen dürfte es bei einigen Formen des Direktabsatzes landwirtschaftlicher Produkte eine Progression des Energieaufwandes geben, insbesondere dann, wenn die Verbraucher mit ihrem PKW einzeln auf das Land fahren, um dort einzukaufen.

Dennoch erfreut sich der Konsum von Produkten aus der Region einer vielfältigen ideellen und materiellen Unterstützung - von der Regierung, den Umweltverbänden, der Verbraucherzentrale, evangelischen Kirchensynoden und katholischen Bischofskonferenzen. Die Bundesregierung hat das Programm „Regionen aktiv - Land gestaltet Zukunft“ mit 35,5 Mio. Euro aufgelegt und sogar als Pilotprojekt im Themenkomplex Energie und Verkehr beim Weltgipfel in Johannesburg eingereicht - ohne jemals eine Ökobilanz oder eine Kosten-Nutzen-Analyse vorgelegt zu haben, die „ganzheitlich“ angelegt ist und die ökologische und ökonomische Sinnhaftigkeit nachweist. Selbst innerhalb der geförderten Regionen gibt es Zweifel: Die Verwaltungskosten zur Erlangung der Fördermittel und zur Abwicklung der Programme seien mitunter höher als die bereitgestellten Mittel. Die Programme dienen vor allem der medialen Selbstdarstellung von Politikern und Verwaltungsspitzen - denn Produkte aus der Region haben einen hohen Sympathiewert bei den Verbrauchern.

Der Ab-Hof-Verkauf und das Angebot von Produkten aus der Region befriedigen wichtige Bedürfnisse der Konsumenten, nämlich die Bedürfnisse nach Transparenz, Überschaubarkeit, Identität mit der Heimatregion und Überwindung von Entfremdung. Sie können eine interessante Einkommensquelle für Betriebe der Region sein, denn die Mehrheit der Verbraucher ist bereit, für solche Produkte einen höheren Preis zu zahlen.

Es ist jedoch - nach dem derzeitigen Erkenntnisstand - nicht gerechtfertigt, den Kauf regionaler Produkte als Beitrag zum nachhaltigen Konsum propagieren. Die Gefahr ist nicht von der Hand so weisen, daß der Kauf dieser so sympathischen Produkte zu einer Ersatzhandlung wird, die zwar das Gewissen entlastet, aber von den eigentlichen Problemen des nachhaltigen Konsums eher ablenkt.

Der Konsum von Öko-Produkten

Ein weiterer wichtiger Beitrag zum nachhaltigen Konsum wird von einer Erhöhung des Anteils von Ökoprodukten erwartet. Die Bundesregierung hat den Flächenanteil des Ökolandbaus an der landwirtschaftlichen Nutzfläche als einen zentralen Indikator für die Nachhaltigkeit der Landwirtschaft festgesetzt und möchte diesen Anteil von 3,2 % im Jahr 2000 auf 20 % im Jahr 2010 steigern.

Aus Sicht der Umweltökonomie kann der ökologische Landbau aber nur dann als nachhaltig gelten, wenn er die angestrebten

Umweltziele effizient, d.h. mit dem geringsten Mittelaufwand erreicht. Vieles spricht dafür, daß dies durch die Weiterentwicklung der Methoden des konventionellen Landbaus besser möglich ist. Die einseitige Förderung des Ökolandbaus ist also ein sehr teurer Weg zur Erreichung der Umweltziele. Dennoch wird er verfolgt - denn Ökoprodukte sind ebenso wie regionale Produkte populär und ihr Konsum kann in gleicher Weise als Ersatzhandlung dienen, die das Gewissen entlastet.

Im Hinblick auf den Weltgipfel von Johannesburg ist ein weiterer Aspekt von Bedeutung: Eine weltweite Einführung des ökologischen Landbaus, d.h. der Verzicht auf Mineraldünger und Pflanzenschutzmittel, würde ein geringeres Produktionsniveau bei Grundnahrungsmitteln und damit höhere Preise als in der Vergleichssituation (mit Einsatz dieser ertragsteigernden Betriebsmittel) zur Folge haben. Die Höhe der Preise für Grundnahrungsmittel ist in armen Ländern ein Faktor von eminenter sozialpolitischer Bedeutung, weil gerade die ärmeren Bevölkerungsschichten einen erheblichen Anteil ihres Einkommens für Grundnahrungsmittel aufwenden müssen. Steigende Nahrungsmittelpreise würden also die Armen in der Dritten Welt am stärksten treffen. Dagegen ist in den wohlhabenden Ländern die früher so wichtige sozialpolitische Bedeutung des Brotpreises längst Vergangenheit. Eine Erhöhung der Nahrungsmittelpreise hätte nur geringe Auswirkungen auf die Verteilung der Realeinkommen. Deshalb können auch die höheren Preise für Öko-Produkte gut verkraftet werden. Diese Situation ist allerdings auf die Dritte Welt nicht übertragbar. Sie kann nicht als Vorbild für die Dritte Welt dienen. Ein weltweiter Verzicht auf den Einsatz von Mineraldünger und Pflanzenschutzmittel ist auf absehbare Zeit weder vorstellbar, noch wünschbar, noch nachhaltig.

Fleischkonsum

Als weiterer Beitrag zum nachhaltigen Konsum wird die Verminderung des hohen Fleischkonsums in den Industrieländern empfohlen. Neben dem Hinweis auf Umwelt- und Gesundheitsprobleme ist das entscheidende Argument gegen den hohen Fleischkonsum der Industrieländer der vermutete ursächliche Zusammenhang mit der Unterernährung in den Entwicklungsländern: "Das Vieh der Reichen frißt die Nahrung der Armen". Bekanntlich ist das Schwein der Nahrungskonkurrent des Menschen. Deshalb hat man in Krisenzeiten, z.B. im ersten Weltkrieg, die Schweine abgeschlachtet. Auch heute sehen Ernährungskrisenpläne (z.B. in der Schweiz) eine Verminderung der Viehbestände vor. Im weltweiten Zusammenhang ist die Nahrungskonkurrenz zwischen Mensch und Tier erheblich schwächer. In einem umfangreichen Modell der Weltlandwirtschaft wurde simuliert, welchen Einfluß eine Verminderung des Fleischkonsums der OECD-Länder um 50 % auf die Welternährungslage haben würde. Ergebnis: Die Kalorienversorgung der Entwicklungsländer würde langfristig um 0,4 % verbessert. Dadurch würde die Zahl der absolut Unterernährten um 1,2 % zurückgehen. Diese überraschend geringe Auswirkung auf die Welternährungslage erklärt sich dadurch, daß die eigentliche Ursache von Unterernährung nicht das mangelnde Angebot von Nahrungsmitteln sondern die mangelnde Kaufkraft der Unterernährten ist. Wenn infolge einer

geringeren Fleischerzeugung die Nachfrage nach Futtergetreide sänke, dann würde entsprechend weniger Getreide produziert. Konsumverzicht zugunsten der Unterernährten in der Dritten Welt wäre erst dann wirksam, wenn die eingesparten Mittel dieser Zielgruppe tatsächlich zugeführt werden. Wenn mein Nächster hungert, nutzt es ihm wenig, wenn ich nur faste: ich muß ihm zu essen geben. Dabei macht es keinen Unterschied, ob ich zu diesem Zweck den Konsum von Fleisch, Autos, Urlaubsreisen oder sonstigen Konsumgütern einschränke.

Insgesamt: Die Verminderung des Fleischkonsums in den Industrieländern kann derzeit nur wenig zur Verminderung des Hungers in der Dritten Welt beitragen. Sollte allerdings in der Zukunft eine weltweite Verknappung des Getreides und eine daraus folgende stärkere Erhöhung der Getreidepreise eintreten, so wäre die Situation möglicherweise anders zu bewerten. Im politischen Abwägungsprozess wäre außerdem zu berücksichtigen, daß die Viehhaltung die wichtigste Einkommensquelle der Landwirtschaft darstellt. Eine Verminderung des Verbrauchs von tierischen Produkten und damit der Viehhaltung hätte eine entsprechenden Beschleunigung des strukturellen Wandels, einen Verlust ländlicher Arbeitsplätze und eine Verstärkung der damit verbundenen sozialen Probleme in der Landwirtschaft zur Folge.

Nachhaltiger Konsum: Strategien

Die Analyse zeigt: Viele populäre Denkmuster für eine nachhaltige Ernährung sind fragwürdig und haben eine populistische Schlagseite. Was soll aber der Verbraucher tun, der durch seine Konsumententscheidungen einen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung leisten möchte? In der Literatur werden vor allem zwei Begriffe genannt, die die möglichen Wege zu mehr Nachhaltigkeit beschreiben: Effizienzstrategien und Suffizienzstrategien.

Unter den **Effizienzstrategien** versteht man die Erhöhung der Effizienz des Verbrauchs an Umweltgütern, d.h. die Verminderung des Umweltverbrauchs je produzierte bzw. konsumierte Einheit. Es ist klar, daß dies eine permanente Herausforderung an die Land- und Ernährungswirtschaft und ihre Lehr- und Forschungsinstitutionen ist. Allerdings wird vielfach angezweifelt, daß diese Effizienzstrategien ausreichen, um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Deshalb werden zusätzliche **Suffizienzstrategien** diskutiert, die auf eine Veränderung der Konsumstrukturen und eine Senkung des Konsumniveaus abzielen, um eine Senkung des Umweltverbrauchs zu bewirken.

Prinzipiell stehen zur Umsetzung dieser Strategien alle Instrumente der Umweltpolitik zur Verfügung. Über die Wirksamkeit dieser Instrumente ist viel diskutiert und geschrieben worden. Hierbei wird vor allem im politischen Raum die Frage verdrängt: Reicht es aus, wenn wir uns hier und da ein bißchen umweltbewußt verhalten - was häufig nur Ersatzhandlungen sind, die das Gewissen entlasten sollen - oder müssen wir zugunsten der Nachwelt, aber auch zugunsten der Armen in der Dritten Welt den derzeitigen Konsum deutlich vermindern?

Wenn das letztere zutrifft: Gibt es in unserer Massendemokratie überhaupt eine Chance, so etwas wie Askese - das ist der freiwillige Verzicht auf erreichbare Güter - durchzusetzen? Carl Friedrich v. Weizsäcker ist dieser Frage in einem 1978 geschriebenen Aufsatz mit dem Titel "Gehen wir einer asketischen Weltkultur entgegen?" nachgegangen und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß Askese immer nur Sache von kleinen Eliten und Minderheiten gewesen ist. Der einfache Mann und Durchschnittsbürger hat selten freiwilligen Verzicht geübt. Vielmehr sind bescheidene Lebensweisen zumeist durch die Umstände, d.h. durch die Knappheit der Güter erzwungen worden.

Vor diesem Hintergrund wird es wohl kaum einen Politiker geben, der den Konsumverzicht auf seine Fahnen schreiben wird. Man wird - wenn man realistisch ist - weder die Natur des Menschen, noch das politische System ändern können bzw. wollen. Deshalb wird man sich auf die Änderung von Konsumstrukturen, die den Bürgern keine nennenswerten Opfer abverlangen, wie z.B. auf die Empfehlung „nachhaltiger Warenkörbe“ beschränken. Ein wirklich wirksamer, die Umwelt entlastender Konsumverzicht wird wahrscheinlich nur in Krisen und nicht vorausschauend durchzusetzen sein. Ein Beispiel ist die Ernährungsplanung im 1. Weltkrieg. Viele der heute genannten Argumente für einen Konsumverzicht wurden damals schon gebraucht.

Auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit sind also vor allem Effizienzstrategien zu verfolgen. Die Land- und Ernährungswirtschaft sollte sich an der Diskussion um die nachhaltige Entwicklung nicht nur defensiv sondern offensiv beteiligen, d.h. die Ursachen-Wirkungs-Beziehungen bei Umweltproblemen sachlich analysieren und möglichst effiziente Lösungen anbieten. Eine solche offensive Strategie ist vor allem deshalb ratsam, weil die Land- und Ernährungswirtschaft sonst Gefahr läuft, immer mehr von diffusen Verbraucher- und Politikerwahrnehmungen über den nachhaltigen Konsum und durch die erwähnten Ersatzhandlungen fremdbestimmt zu werden.